

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

54. Sitzung des Reichstages. (17. Juni)

2 Uhr. Am Thische des Bundesrates Delbrück, Faustle, v. Bülow,

Dr. Michaelis, Herzog u. A.

Abgeordneter Hagen berichtet Namens der Reichsschulden-Commission über die Verwaltung des Schuldenwesens des norddeutschen Bundes, beider deutschen Reiches im Jahre 1873. Die Commission, die aus Mitgliedern des Reichstags (dem Referenten, dem Abg. Friedenthal und v. Benda) und des Bundesrates (Geh. Rath Meinecke und v. Liebe) besteht, hat, nachdem sie die Rechnungen der Controle der Staatsapriere und der Staatschulden-Tilgungskasse für richtig befunden hat, den Antrag gestellt, der preußischen Hauptverwaltung der Staatschulden für die gebachten Rechnungen Decharge zu ertheilen. Daneben ist in der Commission ein Thema angeregt worden, daß auch der Inhalt der nachfolgenden von den Abg. Haagen, Friedenthal und von Benda eingebrochenen Resolution ist: Den Reichskanzler aufzufordern: das Bedürfnis der Reichsschulden-Verwaltung zur Verzinsung und Tilgung der Reichsschulden so wie zur Beitreitung der Verwaltungskosten fernerhin ähnlich in einem und demselben Capitel des Reichshaushalt-Estat zur gesetzlichen Feststellung zu bringen und den wiederholten Erinnerungen der preußischen Hauptverwaltung der Staatschulden, daß es ihr für die ihr übertrogene Verwaltung der Reichsschulden an einem den Vorschriften des preußischen Gesetzes vom 24. Februar 1850 § 7 entsprechenden und jene Kosten umfassenden Stat fehle. Abhilfe zu schaffen.

Geh. Rath Michaelis: Der Antrag berührt eine reine Zweckmäßigkeit- und Verwaltungsfrage, nicht eine politische, als ob das Reichskanzleramt die Absicht gehabt hätte, daß Gesetz nicht auszuführen. Der Stat, den das Reichskanzleramt aufzustellen verucht hat, wurde im April 1870 aufgestellt, nachdem über einen großen Theil der Emission von Schatzanweisungen bereits Verfügung getroffen war, so daß man sagen konnte, für diese im Umlauf befindlichen Schatzanweisungen sind zur Verzinsung und Einlösung so und so große Summen nötig. Damit identiert der Stat ab und sagt, die weiteren Soll-Verträge an Verzinsung werden sich aus den Altershöchstgräßen über weitere Emissionen ergeben. Um einen solchen Stat wirklich aufzustellen zu können, müßten diese Zahlen bereits im Reichshaushaltsetat gegeben werden. Das Statsgesetz motiviert die Befugnis der Ausgabe von Schatzanweisungen in einem bestimmten Betrage, über die Beträge jedoch, die von der Schuldentilgungskasse im Laufe des Jahres eingelöst werden müssen, steht noch durchaus nicht fest. Hieran knüpft sich die weitere Frage, wo kommen die Zinsen, welche die Aufnahme von Capital durch Schatzanweisungen erfordert, zur Erscheinung? Nicht bei der Staatschuldenentilgungskasse, sondern bei der Reichshauptkasse. Eine Schatzanweisung ist ein Wechsel, den die Staatschuldenverwaltung accepptiert und den die Reichshauptkasse discontirt, sobald sie Geld braucht. Der Wechsel hat eine bestimmte Verfallszeit und ob er bald nach seiner Ausgabe oder erst kurz vor dem Verfallsstermin wieder eingelöst wird, davon hängen die wirklichen Zinsen ab.

Was nominell als Zinsen verzeichnet steht, gibt also durchaus keine Anschauung davon, was die Verzinsung der Schatzanweisung wirklich kostet. Im preußischen Stat ist eine bestimmte Position dafür ausgeworfen und in Ausgabe gestellt, dagegen erscheinen diejenigen Beträge, welche nicht verausgabt werden, als Mehreinnahme bei der Begebung, so daß der Zinsen- und der Begebungsbeitrag höher ist, als er in Wirklichkeit sein sollte. Ähnlich könnte es bei der Reichsschulden gemacht werden, um der Staatschuldenentilgungskasse irgend eine Grundlage für ihre Buchung zu geben. Will man einen Stat aufstellen, so ist nichts weiter möglich als Rubriken zu schaffen, in welchen die Ausgaben und Einnahmen nach dem Betrage der Schatzanweisungen abzuschätzen, aber zugleich zu erkennen zu geben ist, daß diese Positionen nicht bindend sind, sondern nur die Bestimmungen des Gesetzes über die Höhe, in welcher Schatzanweisungen ausgegeben werden sollen. Die Zinsbelastung muß bei der Reichshauptkasse berechnet werden. Die Frage der Aufstellung eines einheitlichen Stats ist immer von Neuem erwogen, aber man kam dahin, daß auf Grund der Bestimmungen im Reichshaushaltsetat ein Normalstat nicht aufgestellt werden kann. Auch die Reichsschulden-Commission hat bisher zu bestimmten Anträgen keinen Anlaß

gebracht. Ich glaube, daß in der nächsten Zeit die Ordnung des Reichsschuldenwesens eine feste werden muß; besonders bei dem Gesetz über das Reichspatent werden Veranstaltungen getroffen werden müssen, um das bisherige provisorische Verfahren durch ein anderes zu ersetzen. Für alle Fälle wird der Reichstag gut thun, unsern Antrag anzunehmen.

Dies geschieht auch mit sehr großer Majorität, nachdem das Haus einstimmig erklärt hat, daß die Reichsschuldencommission durch Überreichung des vorliegenden Berichtes den Bestimmungen des Gesetzes vom 9. Juni 1868 genügt habe.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Einführung des Gesetzes des norddeutschen Bundes über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 4. Juli 1868 im Königreich Bayern wird darauf in dritter Berathung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Einführung der Verfassung des deutschen Reichs in Elsaß-Lothringen. Die §§ 1 bis 5 werden ohne Discussion genehmigt.

§ 6 lautet: Das Wahlgesetz für den deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869 tritt in der dem Gesetz vom 16. April 1871 entsprechenden Fassung in Elsaß-Lothringen am 1. Januar 1874 in Kraft. Die in § 6 des Wahlgesetzes vorgesehene Abgrenzung der Wahlkreise erfolgt bis zu der vorhergehenden rechtsgerichtlichen Bestimmung durch Beschluss des Bundesrates. — Für Elsaß-Lothringen, welche sich für die französische Nationalität erklärt haben, aber nicht ausgewandert sind, ruht die Berechtigung zum Wählen und zur Wählbarkeit so lange, als sie jene Erklärung vor der zuständigen Behörde nicht ausdrücklich zurückgenommen haben.

Hierzu beantragen v. Bernuth, im ersten Satz die Worte „am 1. Januar 1874“ und Petersen den dritten Satz zu streichen.

Abg. v. Bernuth befürwortet seinen Antrag mit der Möglichkeit, daß dieser Reichstag, dessen Mandat ja erst im März 1874 erlosche, noch im Januar und Februar des kommenden Jahres einberufen werden könnte. (Widerspruch links.) Er wünsche es auch nicht, aber möglich sei es doch immerhin. Es werde dann aber nicht ausführbar sein, die nötigen Vorbereitungen für Einführung des Wahlgesetzes in Elsaß-Lothringen noch rechtzeitig treffen zu können, um die Wahlen selbst vornehmen zu können. Die Terminbestimmung der Regierungsvorlage würde deshalb nur zu unzähligen Weiterungen führen.

Abg. v. Hoberbeck hat nicht die geringste Neigung für einen Antrag zu stimmen, welcher der Regierung nur die Ausführung einer vom Reichstag sehr unwillkommenen Eventualität erleichtere.

Geh. Rath Herzog erklärt die Zustimmung der Reichsregierung zu dem Amendement v. Bernuth.

Dies Amendement wird darauf mit geringer Majorität abgelehnt, da gegen das vom Abg. Petersen eingebaute fast einstimmig angenommen, so daß die sogen. Scheinoptanten nunmehr auch ohne ausdrückliche Juridikation der Optionserklärung das volle active und passive Wahlrecht zum Reichstage haben.

§ 8 lautet: Auch nach Einführung der Verfassung und bis zu anderweitiger gesetzlicher Regelung kann der Kaiser unter Zustimmung des Bundesrates, während der Reichstag nicht versammelt ist, Verordnungen mit gesetzlicher Kraft erlassen. Diese dürfen nichts bestimmen, was der Verfassung oder den in Elsaß-Lothringen geltenden Reichsgesetzen zuwider ist, und sich nicht auf solche Angelegenheiten beziehen, in welchen nach § 3, Absatz 2, des die Vereinigung von Elsaß-Lothringen mit dem deutschen Kaiser betreffenden Gesetzes vom 9. Juni 1871 die Zustimmung des Reichstages erforderlich ist. Auf Grund dieser Ermächtigung erlassene Verordnungen sind den Reichstag bei dessen nächstem Zusammentreffen zur Genehmigung vorzulegen. Sie treten außer Kraft, sobald die Genehmigung versagt wird.

Hierzu beantragen 1) Windthorst (Meppen), statt der gesperrt gebrück-

ten Worte zu setzen „bis zum 1. Januar 1875. 2) Reichensperger (Olpe) statt des § 8 die folgenden Paragraphen anzunehmen: § 8. Die gesetzgebende Gewalt wird in Elsaß-Lothringen gewahrt § 3 des Gesetzes vom 9. Juni 1871 hinsichtlich der, der Reichsgesetzgebung nicht unterliegenden Angelegenheiten durch den Bundesrat und den Reichstag so lange ausgetragen, bis das Recht der Mitwirkung bei der Gesetzgebung und Besteuerung des Landes einer besonderen Landesvertretung übertragen sein wird. Der Entwurf eines Landes-Verfassungsgesetzes wird vom Reichstag in der nächsten ordentlichen Session vorgelegt werden. § 9. Nur in dem Falle, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Beliebigkeit eines ungewöhnlichen Notstandes es dringend erfordert, können, infolge der Reichstag nicht versammelt ist, Verordnungen mit Gesetzeskraft durch den Kaiser unter Zustimmung des Bundesrates erlassen werden. Dieselben dürfen nicht bestimmen, was der Reichsverfassung oder den in Elsaß-Lothringen geltenden Reichsgesetzen zuwider ist, und sich nicht auf solche Angelegenheiten beziehen, in welchen nach § 3, Absatz 2 des die Vereinigung von Elsaß-Lothringen mit dem deutschen Reich betreffenden Gesetzes vom 9. Juni 1871 die Zustimmung des Reichstages erforderlich ist. Auf Grund dieser Ermächtigung erlassene Verordnungen sind dem Reichstag bei dessen nächstem Zusammentreffen zur Genehmigung vorzulegen. Sie treten außer Kraft, sobald die Genehmigung versagt wird.

Abg. Reichensperger (Olpe) erinnert an die große, staatsmännische Rede, mit welcher vor zwei Jahren der Reichskanzler die Einverleibung von Elsaß-Lothringen in das deutsche Reich bestritt. Er habe damals in prägnanten Worten anerkannt, daß auf dem Gebiete der Selbstverwaltung dem Reichslande ein sehr weiter Spielraum gelassen werden dürfe. Leider seien den Worten die Thaten nicht gefolgt; auch die Vorlage entspreche in keiner Weise jenen großen Prinzipien. Das Prinzip der Octroyirungsgewalt sei ja ein sehr ansehbbares. Bei Berathung der preußischen Verfassung habe es der jetzige Finanzminister Camphausen als Referent der zweiten Kammer für absolut ungültig erklärt. Wann gestern der Reichskanzler es für ein unberechtigtes Misstrauen erklärt habe, der Regierung unbedeutende Handlungen zuzumuten, so müsse er doch seinerseits erinnern, daß die ganze Idee der repräsentativen Verfassung, der verhältnismäßigen Regierungsgewalt auf diesem Misstrauen beruhe und wessen man sich von der einflussreichen deutschen Regierung in dieser Beziehung versetzen könne, beweise ja § 20 des preußischen Preßgesetzes. Dem Reichstage bald eine Landesvertretung zu geben, sei nicht bloß eine Rechts-, sondern auch eine Ehrenpflicht des deutschen Reichs; bis jetzt herrsche es im Elsaß nur durch die äußere Macht es müsse endlich auch an die moralische Eroberung der angegliederten Laude denken.

Abg. Windthorst (Meppen) ist in erster Reihe für den Antrag des Vorredners; sein Amendement sei nur ein eventuelles, welches verhindern solle, daß die Dictatur in infinitum ausgedehnt werde, auch noch über die Zeit hinaus, in welcher schon elsißische Abgeordnete im Reichstage sitzen. Das sei doch absolut ungültig; der Umstand, daß die Verfassungen des Reichskanzlers von der Zustimmung des Bundesrates abhängig seien, sei für ihn keine Garantie. Er sei fest überzeugt, daß der Bundesrat dem erklärten Willen des Reichskanzlers gegenüber nichts vermöge, daß der Ausschuss des Bundesrates für Elsaß-Lothringen noch nie eine wesentliche Aenderung an einer Verfassung des Reichskanzlers vorgenommen habe. Das Octroyiren sei namentlich beututage, wo die Neigung, irgend einen vorübergehenden unbedeuten Zustand sofort durch ein Gelegenheitsgesetz zu beseitigen, so verbreitet sei, eine sehr bedenkliche Sache. Ein solches Stoßgesetz (Heiterkeit), ein soldes Notstoffsatz (wiederholte Heiterkeit) sei sehr leicht gemacht, aber die Remedy sei sehr schwer; wenn man jemanden den Kopf abgeschlagen habe, könne man ihn nicht wieder aufsetzen. (Eine Stimme links: Sehr richtig! Heiterkeit.) Möge der Herr, der ihn eben unterbrochen habe, auch die Consequenzen seiner anerkennungswerten Einsicht ziehen! (Heiterkeit.)

Geh. Rath Herzog: Die Aussführungen des Abg. Reichensperger sind eine Kritik des Gesetzes vom 9. Juni 1871, nicht aber dieser Vorlage. Sein Antrag scheint auf der irriegen Voraussetzung zu beruhen, als habe die Reichsregierung den provisorischen Charakter auch des jetzt einzurichtenden Systems zu beseitigen, so verbreitet sei, eine sehr bedenkliche Sache. Ein solches Stoßgesetz (Heiterkeit), ein soldes Notstoffsatz (wiederholte Heiterkeit) sei sehr leicht gemacht, aber die Remedy sei sehr schwer; wenn man jemanden den Kopf abgeschlagen habe, könne man ihn nicht wieder aufsetzen. (Eine Stimme links: Sehr richtig! Heiterkeit.) Möge der Herr, der ihn eben unterbrochen habe, auch die Consequenzen seiner anerkennungswerten Einsicht ziehen! (Heiterkeit.)

Geh. Rath Herzog: Die Aussführungen des Abg. Reichensperger sind eine Kritik des Gesetzes vom 9. Juni 1871, nicht aber dieser Vorlage. Sein Antrag scheint auf der irriegen Voraussetzung zu beruhen, als habe die Reichsregierung den provvisorischen Charakter auch des jetzt einzurichtenden Systems zu beseitigen. Das ist aber ausdrücklich in dem Gesetz selbst geschehen in den Worten „bis zur anverweigten, gesetzlichen Regelung“; damit ist klar ausgeschlossen, daß die Bundesregierung den jetzt vorgeschlagenen Zustand nicht für alle Zeiten als einen unveränderlichen betrachte. Die Anträge des Abg. Reichensperger beschränken den Zustand vom Juni 1871 praktisch auf eine einzige Session; sie verlangen, daß nur bis zur nächsten Session die Reichsregierung das Octroyirungsrecht in Elsaß-Lothringen haben und schon dem nächsten Reichstage ein Verfassungsgesetz vorlegen soll. Ich muß diesem Antrage mit aller Bestimmtheit entgegenstehen. Der Reichstag würde nicht in der Lage sein, schon in der nächsten Session über die Verfassung von Elsaß-Lothringen einen Besluß zu fassen. Wir werden die hierzu notwendigen Erfahrungen in den ersten Wochen, wo elsiß-lothringische Abgeordnete hier sitzen, zu machen ganz außer Stande sein. Ich kann also nur verlangen, daß Sie das Amendement Reichensperger ablehnen. In der selben Lage bin ich gegenüber dem zweiten Antrage, der darauf hinausgeht, die Ausprägungsgewalt unter dieselbe Bedingung zu stellen, wie in der preußischen Verfassung.

Es scheint mir ein großer Irrthum, zu meinen, daß die Verhältnisse Breukens im Jahre 1850 gleichzustellen seien denen in Elsaß-Lothringen im Jahre 1873. Das Octroyirungsrecht der Regierung würde durch solch eine beschränkende Bestimmung völlig unwirksam gemacht. Sollte die Reichsregierung nur in Notstandsfällen von ihrem Octroyirungsrecht Gebrauch machen dürfen, so würde wiederum die ganze Landesgesetzgebung dem Reichstage zur Last fallen, was ganz unmöglich sein würde. Die Einwirkung des Reichstages darf wesentlich immer nur eine Kontrolle bleiben. Es wird ja dem Reichstag ganz unverwehbar sein, diese Kontrolle auszuüben und wenn er in den Octroyirungsmafregeln der Regierung etwas dem Prinzip dieses Gesetzes Widersprechend findet sollte, wird es ihm unverwehbar sein, sie hier in Erörterung zu ziehen und darüber zu debattieren. Die Reichsregierung ist bei dieser Vorlage mit der sorgfältigsten Erwägung der Rechte des Reichstages zu Werke gegangen. Ich bitte Sie, die Anträge des Abg. Reichensperger, ebenso wie den Antrag des Abg. Windthorst-Meppen abzulehnen. (Beifall.)

Abg. Petersen: Es ist besser, wir warten ab, bis elsißische Abgeordnete unter uns sitzen und einen Antrag auf eine Landesvertretung stellen, als daß wir ihnen diesbezüglich bringen. Das Terrain im Elsaß ist ja sehr schwierig, auf dem man sich nur mit der größten Vorsicht bewegen kann. Würden Sie wirklich schon jetzt die Verfügung über die Straßburger Universität einer elsißischen Landesvertretung anvertrauen wollen? Die Aufgabe, eine Landesverfassung für Elsaß zu machen, ist auch so heikel; es wird sich dabei um die Lösung so vieler verwideter Fragen handeln, daß wir ohne die Anwesenheit jähr- und landestümlicher Männer in unserer Mitte sie gar nicht bewältigen können. Verwerfen Sie also den § 8, wie ihn Herr Reichensperger vorschlägt und warten Sie die elsißischen Reichstags-Abgeordneten ab, ehe Sie eine definitive Entscheidung treffen. Auch der § 9 des Herrn Reichensperger ist meines Erachtens unannehmbar. Die staatliche Gesetzgebung wird im Elsaß viel mehr in Anspruch genommen, als in internen deutschen Staaten; ihre Genehmigung ist z. B. notwendig bei jedem Anhänger einer größeren Gemeinde. Deshalb kann nicht jedesmal der Reichstag einberufen werden, und wenn er es würde, so könne er nicht einmal eine sachgemäße Entscheidung treffen. Wir müssen das Vertrauen der Regierung haben, daß sie nur in dringenden Fällen vor der Octroyirungsgewalt Gebrauch machen wird; ich meineheil habe dies Vertrauen.

(Inzwischen ist Fürst Bismarck eingetreten.)

Abg. Miquel: Der directe Hinweis auf eine zulässige Landesverfassung des Reichslandes ist direct fehlerhaft. Er würde nach zwei Seiten hin Präjudizien schaffen. Wir können erstlich noch gar nicht wissen, ob Elsaß-Lothringen später nicht vorzieht, in irgend einem Bundesstaat, zum Beispiel in Preußen oder Baden einberufen zu werden, oder eine modifizierte Stellung einzunehmen würdet, wie sie z. B. weder ganz der Lage einer preußischen Provinz noch der eines Bundesstaates entspricht. Andererseits ist aber auch der Reichstag gebunden, die gesetzliche Regelung der elsißischen Verfassung in die Hand zu nehmen, selbst wenn er das Unzweckmäßige des

Amendements ist unpraktisch. Der Bundesrat wird mit seiner Octroyirungsgewalt gewiß um so vorsichtiger sein, als die Gefahr einer Cassation seiner Verordnungen durch den Reichstag ihn veranlassen wird, und in einem wirklichen Notstande solche zu erlassen. Ich habe auch in Elsaß-Lothringen die Erfahrung gemacht, daß dort über die vorliegende Frage selbst unter den gebildeten Ständen ewig gar keine oder höchst abweichende Meinungen herrschen. Was man dort allgemein lobt, ist die deutsche Justiz; was man dort allgemein tadeln, ist die preußische Landratsverwaltung, die ungemein Große der Kreise und die Kahlwetter'sche Institution der Bezirks-Kommissarien, welche sich so wenig, wie in Polen bewährt haben. Gegen die Befugnis des Bundesrates zum Erlasse von Verordnungen wird nicht der geringste Widerwille empfunden. Ich bitte daher um unveränderliche Annahme des § 8 der Regierungsvorlage.

Ein vom Abg. Krüger (Hadersleben) handschriftlich eingebrachtes Amendement auf sofortige Einberufung einer constituerenden Versammlung zur Feststellung einer elsiß-lothringischen Landesverfassung auf Grund allgemeiner und direkter Wahlen wird mit allen Stimmen gegen den Antragstellers verworfen. Die Amendements Reichensperger und Windthorst werden ebenfalls abgelehnt (für ersteres stimmt nur das Centrum, für das zweite außerdem die Fortschrittspartei).

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Bei Feststellung der Tagesordnung, die mit verschiedenen dritten Lesungen und Petitionen anfangt und mit dem Notypreß- und Civilehegesetz schließen soll, erneuert sich der mehrfach geführte Streit über die Verwendung der sogenannten Schwerinstag, über die Priorität des Antrages Böltz-Hinrich vor dem Antrage Windthorst und die Bedeutung der Verabredungen der Delegirten. Präsident Dr. Simon bestätigt die vom Abg. Bamberg gegebene Darstellung der Thatsachen, daß bei jener Besprechung die unerlässlich zu erledigenden, dringlichsten Vorlagen, wie z. B. die Stats, vorweg ausgeschieden, daneben aber diejenigen vorgemerkten werden seien (und zwar hat er sie durch Fragezeichen in der Liste kennlich gemacht), welche eventuell alsdann noch auf Erledigung zu rechnen hätten. Abgeordneter v. Hoberbeck kann sich und seine Freunde nicht durch Verträge für gebunden erklären, die sie niemals abgeschlossen haben, die überhaupt von Niemand abgeschlossen sind, denn es waren eben nur Besprechungen ohne Abschluß per majora. Die Debatte nimmt wiederum so große Dimensionen an, daß Windthorst (Meppen) bemerkt, ein Theil der Zeit, die sie bereits getostet hat, hätte genügt, um sein Notypreßgesetz zu erledigen, während von Hellendorff die Verabredungen der Delegirten dahin deuten, daß die auf Presse und Civilehe bezüglichen Gesetzesvorlagen überhaupt von der Tagesordnung dieser Session abzulehnen seien.

Präsident Delbrück: Nachdem so viel von den vertraulichen Delegirtenversammlungen die Rede gewesen, an denen ich auch Theil habe, ist es eine moralische Notwendigkeit für mich geworden, auch mein Schilderstein dazu beizutragen. Ich bin der Einladung des Präsidenten gefolgt und bei den Verhandlungen erschienen. Es verstand sich von selbst, daß sie für mich nur einen informativen Charakter haben könnten, d. h. die Bedeutung, daß es meine Aufgabe war, aus dem Einverständnis, das sich dort ergeben hat, für die Regierung Folgerungen zu ziehen. Ich habe nun, wenn auch diese Verfassung definitiv bindende Beschlüsse für das Haus gleichzeitig nicht schaffen konnte, aus den vertraulichen Aufzeichnungen und dem Einverständnis so hervorragender Mitglieder dieses Hauses den Schluss gezogen und diesen Verhandlungen die Bedeutung beigelegt, daß man um die Geschäfte des Hauses innerhalb der gewünschten Zeit zum Abschluß zu bringen, gewisse Vorlagen der verbündeten Regierungen zurückgestellt zu sehen wünsche und gleichzeitig auch gewisse Vorlagen, die aus der Initiative des Hauses hervorgegangen waren, darunter das Preßgesetz, zurückstellen wollte; daß aus demselben Grunde aber auch von dem Antrag sogenannter Schwerinstag Abstand genommen werden sollte. (Widerspruch links.)

Abgeordneter v. Hoberbeck konstatiert dem gegenüber, daß er ausdrücklich erklärt habe, durch die Berathungen der Delegirten dürfe dem Schwerinstag nicht präjudiziert werden. Er erhebt daher auf die Frage des Präsidenten, ob von dem sogenannten Schwerinstag Abstand zu nehmen, Widerspruch, was nach der Geschäftsortordnung hinreicht, um die Ablehnung des Schwerinstages zu verhindern.

Schließlich hat es bei

hentümer Hohenzollern, das Königreich Württemberg, das Großherzogthum Baden und für den hessischen Kreis Wimpfen, in Schwerin für die Großherzogthümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, in Lübeck für das Herzogthum Lauenburg, das Fürstenthum Lübeck und die freie und Hansestadt Lübeck, in Bremen endlich für das preußische Fadegebiet, das Herzogthum Oldenburg und die freie und Hansestadt Bremen. — Der Reichskanzler hat dem Bundesrat den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Ermächtigung der Bezirke, Gemeinden und anderen Corporationen zur Aufnahme von Anleihen und zur Erhebung von Steuerzuschlägen, nebst Motiven vorgelegt, der also lautet: „Wie Wilhelm von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u. verordnen im Namen des deutschen Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrates, für Elsaß-Lothringen was folgt: Die Ermächtigung der Bezirke, der Gemeinden und anderer Corporationen zur Aufnahme von Anleihen und zur Erhaltung von Steuerzuschlägen wird in denselben Fällen, in welchen es hierzu nach der gegenwärtigen Gesetzgebung eines Gesetzes bedarf, sofort durch Kaiserl. Verordnung ertheilt.“ In den Motiven heißt es: Nach Maßgabe der in Elsaß-Lothringen noch bestehenden französischen Gesetze, ist eine Reihe von Verwaltungsmooren, welche nach deutscher Rechtsanschauung innerhalb des Besitzes der Staatsregierung liegen, zur Zeit noch der gesetzgebenden Gewalt vorbehalten. So bedürfen insbesondere der Ermächtigung durch Gesetz: 1. die Bezirke zur Aufnahme einer Anleihe, deren Tilgung nicht binnen 12 Jahren stattfindet, und zur Erhebung außerordentlicher Steuerzuschläge, welche die gesetzliche Maximalhöhe überschreiten; 2. die Gemeinden zur Aufnahme einer Anleihe, deren Betrag entweder allein oder mit Zurechnung der noch ungetilgten Anleiheschulden eine Million Franken übersteigt; und 3. die Verwaltung von Hospitien, Spitälern und anderen Gemeinde-Wohltätigkeitsanstalten zur Aufnahme einer Anleihe, deren Betrag allein oder mit Hinzurechnung der noch ungetilgten Anleiheschulden 500,000 Franken übersteigt. Da derartige finanzielle Operationen in der Regel dringlicher Natur sind, so entstehen aus der Verzögerung, welche die Bekanntmachung des Beuges der formellen Gesetzgebung notwendig mit sich bringt, für die beteiligten Verbände und Corporationen sehr leicht Nachtheile. Es steht dies um so mehr zu besorgen, wenn auf Grund der in dem Gesetz vom 9. Juni 1871 getroffenen Bestimmungen auf die dem Bereich der Landesgesetzgebung angehörigen Gesetzvorlagen nach denselben Formen zu behandeln sein werden, wie die Angelegenheiten der Reichsgesetzgebung. Um diese Schwierigkeit zu vermeiden, empfiehlt es sich, in den hervorgehobenen Fällen schon jetzt die bestehende Gesetzgebung mit der im übrigen Deutschland zur Geltung gekommenen Rechtsanschauung in Einklang zu bringen, und das Erforderniß einer kaisertlichen Verordnung an Stelle desselben eines Gesetzes zu setzen.

[Das Pressgesetz.] Offiziell wird mitgetheilt: „In Wiener Blättern werden an die Vorlegung des preußischen Pressgesetz-Entwurfs im Bundesrat durch den Fürsten Bismarck, als Minister des Auswärtigen, statt durch den Grafen Roon als Ministerpräsidenten, allerlei Conjecturen in Bezug auf die Stellung der beteiligten zu dem Entwurf gemacht, die aber keine Berechtigung haben. Fürst Bismarck hat als auswärtiger Minister die Vorlegung übernommen, weil er in dieser seiner Eigenschaft der berufene Vermittler und Träger für alle Mitteilungen und Anträge Preußens beim Bundesrat ist. Es ist völlig correct, daß der Ministerpräsident Graf Roon nach allseitiger Feststellung des Entwurfs innerhalb der preußischen Regierung, denselben behufs Vorlegung im Bundesrat an den Fürsten Bismarck gelangen ließ und daß dieser ihn, unter ausdrücklicher Hervorhebung, daß es namens der preußischen Regierung geschehe, vorlegte.“

[Militär-Wochenblatt.] Personal-Veränderungen: Gr. zu Stolberg-Wernigerode, Sec.-Lt. vom 2. Schles. Drag.-Regt. Nr. 8. in das Westphäl. Kür.-Regt. Nr. 4, versetzt. — Maj. Militär-Antwärter, als Provinz-Amts-Assistent in Neisse angestellt. Dr. Horozekly, bisher Unter-Arzt der Reserve, vom 12. Mai d. J. zum Unterarzt des aktiven Dienststandes ernannt und mit Wahrnehmung der beim Schles. Train-Bat. Nr. 6 vacante Assistenten-Stelle beauftragt.

Gefecht: Dr. Böll, Oberstabs- und Regiments-Arzt des Niederschlesischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 5, Corps-Artillerie.

Hannover. [Die Kirchengesetze.] Der „Hannoversche Courier“ berichtet aus Hannover vom 14. Juni: „Zur Durchführung und nachhaltigen Befolgung der Kirchengesetze hat auch in unserer Provinz das Oberpräsidium verschiedene zweckmäßige Anordnungen getroffen, welche im einzelnen der öffentlichen Besprechung sich entziehen.“

Leipzig, 16. Juni. [Folge der Reaction.] Gegenüber dem „National-Zeitung“ gemeldeten bedauerlichen Umstände, daß einige der hervorragenden liberalen Abgeordneten kein Mandat mehr annehmen wollten, bemerkte das „Leipziger Tageblatt“ heute: „Wir sind in der Lage mittheilen zu können, daß infolge der in Sachsen immer unverhüllter hervortretenden Reaction mehrere liberale Parteigenossen, die auf die Fortsetzung ihrer parlamentarischen Thätigkeit zu verzichten fest entschlossen gewesen waren, es nunmehr für ihre ernste Pflicht erklärt haben, dem Ruf der Wähler, wenn er an sie ergeht, wieder zu folgen.“ In der That, es ist eine Ehrenpflicht der seitherigen liberalen Abgeordneten, daß sie ihre parlamentarische Erfahrung für die Partei in der nächsten hochwichtigen Landtagssession nicht verloren gehen lassen.

Darmstadt, 17. Juni. [Zur heutigen Feier des 25-jährigen Regierungsjubiläums] des Großherzogs sind der Kronprinz des deutschen Reichs und von Preußen, der Erzherzog Ludwig Victor von Österreich, der Prinz Leopold von Bayern und der Prinz Hermann von Weimar hier eingetroffen. Der Kaiser von Russland wird heute Nachmittag erwartet. Der Großherzog empfängt heute Deputationen der Städte, der Standesherren, beider Kammer, sowie eine Deputation der Stadt Aschaffenburg, welche ihre Glückwünsche überbracht. Um 11 Uhr findet große Parade statt. Die Stadt ist festlich geschmückt.

Meh, 15. Juni. [Die Wahlen für die Bezirks- und Kreisvertretungen. — Verhalten französischer Blätter zu diesen Wahlen. — Frohlehnamsprozession. — Missbrauch der Kanzel. — Adresse an Thiers. — Vermehrung der Garnison.] Vor gestern fand im hiesigen Stadthause eine Versammlung der Bürgermeister der zum Landkreis Meh gehörenden Gemeinden statt, behufs Besprechung der Candidaturen für die Bezirks- und Kreisvertretungen. Als Candidaten wurden aufgestellt die Bürgermeister von Longeville, Sablon, Hauconcourt und Maizières; da der Maire des jetzt genannten Ortes die Wahl ablehnte, wurde an seiner Stelle der Bürgermeister von Plapperville gewählt. Die genannten Persönlichkeiten sind als tüchtige Männer bekannt, die sich zur Vertretung ihrer Bürgerschaft wohl eignen, und es ist daher zu wünschen, daß die Stimmen der Wähler sich auf dieselben vereinigen. Auch die hiesige reichsfeudalische Partei unterstützt die genannten Candidaten. Auch in anderen Kreisen Lothringens haben bereits ähnliche Vorberatungen stattgehabt, wenn auch noch nicht überall bestimmte Namen für die Wahlen genannt sind. Bei dieser an und für sich regen Beihaltung der Bevölkerung an den bevorstehenden Wahlen bleibt es um so mehr zu verwundern, daß französische Blätter, beispielweise der in Nancy erscheinende „Courrier de la Moselle“, sich veranlaßt fühlen, die Einwohnerschaft von Lothringen zur Beihaltung

an den Wahlen aufzufordern. Was wohl dieselben Blätter sagen würden, wenn deutscher Seite der Versuch gemacht würde, französische Wahlen zu beeinflussen? Das alle Schriftstücke, welche von der Bezirkvertretung Lothringens ausgehen, sowie die Protokolle über die Handlungen dieser Versammlungen laut Verordnung des Oberpräsidenten von Elsaß-Lothringen in deutscher und französischer Sprache abzufassen sind, hat Ihre Zeitung bereits gemeldet. — Die Frohlehnamsprozession hat heute (Sonntag) unter lebhafter Beihaltung des französisch redenden Publikums stattgefunden. Interessant ist, daß während das hiesige amtliche Organ in den vorhergehenden Tagen das Statthaus der Prozession nach Zeit und Ort ihres Leiters mitteilte, die „Meier-Ztg.“ in mehreren Artikeln dazuthun suchte, daß die Abhaltung derartiger religiöser Aufzüge nach einem angeblich noch nicht ausser Kraft getretenen französischen Gesetze an allen den Orten nicht zulässig sei, wo ein evangelisches Consistorium besteht. Die Aufforderungen des erwähnten Blattes an die Behörden zur Inhibition der in Rede stehenden Prozession blieben erfolglos. — In welcher Weise die Kanzel als Volkstribüne benutzt wird, erzählt ein französisches Blatt. Darnach hat ein Kanzelredner in Longwy-Haut (Departement Meurthe), als die dortige Jugend zum ersten Male zur Communion ging, seine Rede mit folgenden Worten geschlossen: „Bewirke, o Maria, daß unser schönes Frankreich eine dauerhafte Regierung bekomme; richte auf dasselbe deine Blicke und mache, daß uns durch deine Gnade die geliebten Söhne der Kirche, unsere theuere Flüster, wiedergegeben werden.“ Wer in diesem Falle die „geliebten Söhne“ waren, ob die Legitimisten oder Napoleon IV. nebst Anhang, darüber ließ der geistliche Herr die Confrarden im Unklaren. — Unter den zahllosen Adressen, die an Thiers in den letzten Wochen gerichtet sind, verdient diejenige Beachtung, welche aus Mez, mit 500 Unterschriften bedeckt, an den Prääsidenten abgegangen ist. Legiter soll auch bereits durch Herrn St. Hilaire Antwort haben erhalten lassen. — Das 1. Bataillon des bayerischen 2. Fußartillerie-Regiments wird vom 1. October d. J. ab nach Mez in Garrison kommen.

Der Freie Wähler.

Wien, 17. Juni. [Die Kaiserin August] trifft, wie das Telegraphen-Correspondenz-Bureau meldet, am 25. Juni hier ein und wird zu Schönbrunn Wohnung in den glänzend renovirten Gemächern nehmen, welche die Erzherzogin Sophie inne gehabt. Der Aufenthalt der Kaiserin wird den Bestimmungen nach 6 Tage währen. Unter den Festen, welche zu Ehren der deutschen Kaiserin veranstaltet werden sollen, ist ein großer Ball bei dem Ministerpräsidenten Andrassy für den 29. und eine Vorstellung im Schloßtheater zu Schönbrunn für den 30. Juni in Aussicht genommen.

Pest, 16. Juni. [Demenz.] Der „Pester Lloyd“ erklärt, daß die neuerdings in Umlauf gesetzten Gerüchte von der Absicht des Fürsten Karl von Rumänien, die Regierung niederzulegen, jeder Grundlage entbehren und lediglich auf Ausstreuungen der Oppositionspartei zurückzuführen seien.

Belgien.

Brüssel, 14. Juni: [In der gestrigen Sitzung der Repräsentantenkammer] brachte Herr Deissauer die Angelegenheit des zu Antwerpen so lange schon in Untersuchungshaft gehaltenen Germanen der Bank Jacobs zur Sprache, und Herr Cruyt knüpfte eine andere ähnliche Thatsache daran, welche sich auf einen in Gent verhafteten und nachträglich freigesprochenen Schulbruder bezieht. Der Justiz-Minister gab zu, daß mit den bestehenden Gesetzen Mißbrauch getrieben werden könne, und versprach, in den nächsten Session, wenn er bis dahin noch Minister sein werde, einen Vorschlag auf Abänderung des Gesetzes über die Brüderlichkeit einzubringen. Augenblicklich könne er nur durch Ratschläge eingreifen und der mit der Sache beauftragte Richter erläßt, die strengen Maßregeln nicht umgehen können. Herr Bara fügte den Vorschlag hinzu, bei den Gerichtshofen Experten in Rechnungssachen dauernd anzustellen, da die Richter in solchen Dingen nicht immer erfahren seien. In der That ist der antwerpener Fall so tragikomisch, daß es nötig scheint, die Wiederkehr ähnlicher Vorfälle zu vermeiden. Die Kammer erläßt sich mit der Intention des Ministers einverstanden und damit war die Sache für jetzt erledigt. Die Auseinandersetzung des Justiz-Ministers über die fragliche Dauer seines Ministeriums ist aufgefallen, da bekanntlich schon mehrfach Gerüchte über eine Ministerkrise aufgetaucht sind. Auch in der heutigen Sitzung des Senats, wo das Budget des Kriegs-Ministerium zur Beratung gelangte, ward davon gesprochen, Herr d'Anthenan erläßt das Ministerium, aus der Militärfrage keine Cabinettsfrage zu machen; das Ministerium würde dadurch seiner Partei untreu werden und Herr Malou habe diese Absicht gewiß nur unüberlegt und ohne die Tragweite seiner Worte zu ermessen, der Kammer mitgetheilt. Herr Malou antwortete, die Cabinetsfrage stelle sich ganz von selbst und das Ministerium würde abtreten, wenn die weitaus und unerlässlichen Theile seines Gelehrschlags verworfen werden sollten. Uebrigens seien Amendments zulässig. Welches die wesentlichen Theile des Gelehrschlags sind, hat Herr Malou nicht gesagt, und so wird er immerhin durch sein Wort nicht gar zu eng gebunden sein.

[Der Schah von Persien] ist gestern in Spa ankommen, wo ihm ein feierlicher Empfang geworden ist. Der Bürgermeister hat ihm eine Ansrede gehalten, worauf der Schah auf persisch geantwortet hat, und nach der Verdommung seines Großbezirks ihr schmeichelhaft ist. Belgien und die Belgier. Die Stadt war besetzt und am Abend illuminiert. Gala-Vorstellung im Theater, Musit u. s. w. Am Montag Nachmittag wird der Schah in Brüssel ankommen, wo ihm ebenfalls ein feierlicher Empfang bereitet wird.

Niederlande.

Haag, 12. Juni. [Freimaurerisches. — Kohlen.] Die hiesige clericalen Tagessprese machte kürlich sehr viel Aufhebens von dem Entschluß des Prinzen Friedrich des Niederlande aus Altersrücksicht seine bisherige Sielle als Großmeister der niederländischen Freimaureret aufzugeben. Bekanntlich, schreibt man der „A. Z.“, war die Ernennung des Prinzen Heinrich, Bruder des Königs, als Nachfolger seines Onkels in Aussicht genommen. Da aber Prinz Heinrich seine Ernennung häuslicher Umstände halber abrathen zu müssen glaubte, hat Prinz Friedrich sich von neuem bereit erklärt, nicht nur das gedachte Mandat von neuem zu übernehmen, sondern auch, angesichts der Mängeln der clericalen Tagessprese, bis zu seinem Tode zu erhalten. Doch hat der Prinz Heinrich dagegen soeben einen neuen Beweis seines Verlangens geleistet durch materielle Wohlfahrt des Landes zu fördern, indem er in der Nähe Port-Saïd, am Ufer des Suezcanals, ein Grundstück zur Errichtung einer niederländischen Handelseinrichtung ankaufte. Endlich wird denn auch Niederlande ergiebige Steinkohlenlager besitzen. Herr D. Voerner aus Dortmund ist wenigstens bei der diesseitigen Regierung um die Concession zur Aufsuchung von Kohlen eingekommen.

Großbritannien.

A. A. C. London, 14. Juni. [Das Unterhaus] hielt gestern, am Freitag, wieder zwei Sitzungen. In der Nachmittagsitzung zeigte Dr. von an, er werde bei der zweiten Lesung der ministeriellen Vorlage zur Änderung des Elementarschulgesetzes das Amending stellen, daß in der Meinung des Hauses kein Amending des Schulgesetzes als bestrebend erachtet werden könnte, das den Schulbesuch und die Bildung von Schulämtern in ganz England und Wales nicht compulsorisch mache. Dann wurde die Specialberatung des Localbesteuering-Gesetzentwurfes wieder aufgenommen und ein Vertragsliches weiter gefordert.

In der Abendsitzung bildete den Hauptgegenstand der Discussion ein Antrag des Arzts, der die Regierung aufforderte, Schritte zur Übernahme des Protektors oder der Oberhöheit über die Ridschi-Inseln zu ergreifen. Außerdem forderte das Haus an Gloucestre's vorjährige Erklärung, daß eine solche Politik nur auf den unbewohnten und unbewohnten Wunsch der Bevölkerung adoptiert werden könne, erinnerte, sucht er an der Hand zahlreicher Urteile aus den veröffentlichten Meinungen von Personen, die mit den Basen-

gut bekannt sind, und durch Verleugnung eines Memorials von den weißen Ansiedlern und hervorragenden Einwohnern-Hauptlingen den Nachweis zu führen, daß in Fidschi ein wachsendes Gefühl zu Gunsten einer Annexion mit Großbritannien als das einzige Mittel zur Sicherung der Wohlfahrt und Ruhe auf den Inseln vorhanden sei. Im Weiteren verbreitete sich der Antragsteller über die kommerziellen Vortheile einer solchen Transaction für England und über die Wichtigkeit, eine so bequeme Flottenstation im Süßen Ocean zu sichern; aber den größten Nachdruck legte er darauf, daß es ohne den Besitz dieser Inseln unmöglich sei, dem Sklavenhandel in diesem Theile der Welt ein Ende zu setzen. Schließlich behauptete Mr. Arthur mit Bezug auf den finanziellen Aspect der Frage, daß die Annexion nicht einen Schilling kosten, im Gegenteil, England viele Ausgaben ersparen würde. Sir C. Wingfield, welcher den Antrag unterstützte, erklärte sich entschieden für eine Annexion, die er für das einzige Mittel zur Unterdrückung des Sklavenhandels in den Süddseinseln hielt.

Gladstone ergriff gegen den Antrag das Wort, ohne indeß die Möglichkeit einer künftigen Annexion der Inseln zu bestreiten. Nach einem Hinweis auf die ehemaligen Schwierigkeiten einer Annexion räumte er ein, daß triftige Gründe zur Eingreifung irgend einer solchen Maßregel vorhanden seien, über deren Art die Regierung aber noch nicht mit sich einig sei. Die Geschichte Neuseelands läßt Vorstöße ein. Zwischenzeitlich ließ die Regierung aber zuverlässige Erkundigungen über die Lage Fidschi's, die wirkliche Stellung der dortigen Regierung, die Wünsche der Bevölkerung und andere Punkte einziehen. R. Tomler, Admiral Erskine, Eastwick, Kincaid und Sir J. C. Lyndhurst sprachen zu Gunsten des Antrages, aber nachdem der Marineminister Gresham und Lord Enfield ihre Bedenken gegen dessen Annahme geltend gemacht, wurde er mit 86 gegen 50 Stimmen verworfen.

Whalley brachte hierauf sein altes Stedensperd, die Sache des Ichborn-Büroden, auf's Tafel. Er stellte es als moralische Verpflichtung der Regierung hin, die nötigen Fonds zur Befreiung der Inseln zu bestreiten. Nach einem Hinweis auf die ehemaligen Schwierigkeiten einer Annexion räumte er ein, daß triftige Gründe zur Eingreifung irgend einer solchen Maßregel vorhanden seien, über deren Art die Regierung aber noch nicht mit sich einig sei. Die Geschichte Neuseelands läßt Vorstöße ein. Zwischenzeitlich ließ die Regierung aber zuverlässige Erkundigungen über die Lage Fidschi's, die wirkliche Stellung der dortigen Regierung, die Wünsche der Bevölkerung und andere Punkte einziehen. R. Tomler, Admiral Erskine, Eastwick, Kincaid und Sir J. C. Lyndhurst sprachen zu Gunsten des Antrages, aber nachdem der Marineminister Gresham und Lord Enfield ihre Bedenken gegen dessen Annahme geltend gemacht, wurde er mit 86 gegen 50 Stimmen verworfen.

Whalley brachte hierauf sein altes Stedensperd, die Sache des Ichborn-Büroden, auf's Tafel. Er stellte es als moralische Verpflichtung der Regierung hin, die nötigen Fonds zur Befreiung der Inseln zu bestreiten. Nach einem Hinweis auf die ehemaligen Schwierigkeiten einer Annexion räumte er ein, daß triftige Gründe zur Eingreifung irgend einer solchen Maßregel vorhanden seien, über deren Art die Regierung aber noch nicht mit sich einig sei. Die Geschichte Neuseelands läßt Vorstöße ein. Zwischenzeitlich ließ die Regierung aber zuverlässige Erkundigungen über die Lage Fidschi's, die wirkliche Stellung der dortigen Regierung, die Wünsche der Bevölkerung und andere Punkte einziehen. R. Tomler, Admiral Erskine, Eastwick, Kincaid und Sir J. C. Lyndhurst sprachen zu Gunsten des Antrages, aber nachdem der Marineminister Gresham und Lord Enfield ihre Bedenken gegen dessen Annahme geltend gemacht, wurde er mit 86 gegen 50 Stimmen verworfen.

Whalley brachte hierauf sein altes Stedensperd, die Sache des Ichborn-Büroden, auf's Tafel. Er stellte es als moralische Verpflichtung der Regierung hin, die nötigen Fonds zur Befreiung der Inseln zu bestreiten. Nach einem Hinweis auf die ehemaligen Schwierigkeiten einer Annexion räumte er ein, daß triftige Gründe zur Eingreifung irgend einer solchen Maßregel vorhanden seien, über deren Art die Regierung aber noch nicht mit sich einig sei. Die Geschichte Neuseelands läßt Vorstöße ein. Zwischenzeitlich ließ die Regierung aber zuverlässige Erkundigungen über die Lage Fidschi's, die wirkliche Stellung der dortigen Regierung, die Wünsche der Bevölkerung und andere Punkte einziehen. R. Tomler, Admiral Erskine, Eastwick, Kincaid und Sir J. C. Lyndhurst sprachen zu Gunsten des Antrages, aber nachdem der Marineminister Gresham und Lord Enfield ihre Bedenken gegen dessen Annahme geltend gemacht, wurde er mit 86 gegen 50 Stimmen verworfen.

Unter den zahlreichen Festen zu Ehren des Schahs während seiner Anwesenheit in der britischen Metropole wird dasjenige, welches ihm die Corporation der City am 20. ds. Abends in der Guildhall geben wird, unzweifelhaft das glänzendste sein. Bis jetzt sind schon über 3000 Einladungen zu diesem Feste ergangen, und unter Denkmalen, welche Einladungen acceptirt haben, befinden sich der Prinz und die Prinzessin von Wales und sämtliche übrigen Mitglieder der königlichen Familie, der Großfürst-Thronfolger von Russland nebst Gemahlin, die Erzbischöfe von Canterbury und York, der Lordkanzler, der Premier und alle übrigen Cabinettsminister. Das Fest wird aus einem Empfang, einem Ball und Souper bestehen.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 17. Juni. [Anerkennung.] Von der Gesamt-Kury in Wien wurde, wie der „Lom.“ berichtet, außer den in der „Bresl. Z.“ bereits erwähnten Herrn die Medaille für Mitwirkende auch dem Schäferei-Director v. Decovic zu Schweditz zuerkannt.

[Angestammte Fremde.] Graf zu Stolberg-Wernigerode aus Ramsau.

[Feuer.] Gestern Nachmittag geriet im zoologischen Garten ein Dünghaus in Brand, doch wurde von der Sand-Thor-Feuervache das Feuer bald beseitigt und kam eine zweite, von der Haupt-Feuervache eingetroffene Spritze nicht erst in Thätigkeit.

Ö Hainau, 16. Juni. [Für Touristen.] Die Ausflüge nach der südwestlichen Seite der Stadt, entweder durch späte, dunkle Wiesen längs der „schnellen Deiche“, oder auf den Berglehnen des von diesem Flüßchen gebildeten Thales, bieten mancherlei Schönheiten dar. Wer weitere Touren nicht scheut, wandert oder fährt nach dem 2½ Meilen entfernten Gröditzberg, dem etwas entfernter gelegenen Bürger- oder Wolfsberg bei Goldberg. Immer wieder bietet die historisch merkwürdige, alte Ritterburg auf dem 1255 Fuß hohen, eingeln in der Ebene liegenden, Basaltfelsen, neue Stiege dar, welche denselben nicht nur zum Ausflugspunkte der Umgegend, sondern auch fern gelegener Orte macht. Das am Fuße des Berges gelegene freundliche Dorf, mit seinem herrlichen Schlosse und prächtigen Anlagen, feiert, gleich einem Badeort, jetzt seine Saison. Kein Tag vergeht, der nicht Gäste brächte aus nah und fern, welche alle sich im Genusse der reizenden Aussicht und der überaus reichen und mannigfachen Naturschönheiten erholen wollen. Während auf den Feldern die lieben Soanesträben den fleißigen Arbeitern manchen Schweißtropfen erpressen, wohnt eine wunderbar liebliche Luft oben auf dem Berge in den dunklen, schattigen Laubgängen der alten, teilweise zerfallenen und zerstörten, in ihren Ruinen aber immer noch großartigen Ritterburg. Um 1473 von Herzog Friedrich I. von Liegnitz, an Stelle eines im Jahre 1089

Die Zahl der dem Verein seit seiner Gründung überhaupt beigetretenen Mitglieder beträgt 866. Von den ursprünglichen 31 Mitgliedern gehörten dem Verein noch 10 an. Geleut wurde im abgelaufenen Vereinsjahr 92 Mal und es waren die Übungen durchschnittlich im Sommer von 38, im Winter von 32 Mitgliedern besucht. Seit vorigem Herbst besteht eine besondere Turner-Riege, welche meist ältere Herren zu ihren Mitgliedern zählt und sich den Namen „Gesundheits-Riege“ beigelegt hat; dieselbe nimmt ihre Übungen an besonderen Abenden und früher, als die gewöhnlichen Turnstunden fallen, vor. Eine Sanges-Abtheilung des Vereins, welche den vierstimmigen Gefang pfeift, besteht ebenfalls seit vorigem Herbst. Im Winter-Semester fand unter Leitung des Gymnastik-Lehrers Dr. Reinbold abermals ein Fecht-Cours statt. Außerdem wurde das Vereinsleben durch regelmäßige Abhaltung von „geselligen Abenden“ und durch Veranstaltung von Turnfahrten rege erhalten. Die Zahl der Essteller betrug 24 (darunter 3 „große“, an denen auch die „Turnerfestschwestern“ teilnahmen) und die der Leichteren 5. Als Vertreter des Vorortes des Riesengebirgs-Turngaus hatte der Verein nach wie vor vielseitige Gelegenheit, mit den Nachbarvereinen in lebendiger Verbindung zu bleiben und mit der Gesamtheit des Gauverbandes im Organismus der deutschen Turnerei das hiesige Turnwesen auch aufzukommen zu repräsentieren. — Die als integrierter Theil des Männer-Turnvereins bestehende Freiwillige Turner-Feuerwehr hier selbst zählt z. B. 86 Mitglieder, von denen 28 zu den Steigermannschaften und 40 zu den Spritzen- und Wachtmannschaften gehören, 8 aber spezielle Aemter bekleiden. Das Institut steht unter der ausgezeichneten Leitung des Brand-Directors, Herrn Kaufmann Frsg., besitzt gutgeschulte Kräfte und ist durch Unterstützung der städtischen Behörde und anderer Gönnner und Freunde der guten Sache mit den nötigen Ausrüstungen hinreichend versehen. Der ausdauernde Eifer der Mitglieder, die sich freiwillig in den Dienst der Humanität gestellt haben, hat schon längst allgemeine Anerkennung und Achtung gefunden.

s. Waldburg, 17. Juni. [Ankündigung.] — Pfingstschießen. — Zu den beabs. Ausführung der Kreisordnung stattfindenden Wahlen. — Der Photograph A. Leissner von hier wird in dem Bericht des „Preuß. Staats-Anz.“ über die Wiener Weltausstellung als der beste Porzellan-Photograph bezeichnet. — Das diesjährige Pfingstschießen der hiesigen Schützengilde ist am Sonnabend und Montag bis ziemlich günstiger Witterung unter Beteiligung eines überaus zahlreichen Publikums abgehalten worden. — Obgleich beabs. Ausführung der Kreisordnung die Wahlmännerwahlen in den Landgemeinden des Kreises schon den 25. d. M. abgehalten werden sollen, so ist doch bis jetzt noch nichts darüber bekannt geworden, daß in den Gemeinden schon Vorbereiungen in Betriff der Wahlen stattgefunden hätten. Daher ergibt in der heutigen Nr. der „Waldburger Ztg.“ an die betreffenden Gemeinden die Aufrufung, in Abtracht der Wichtigkeit dieser Wahlen doch ja nicht die nötigen Vorbereiungen für letztere auf dem bezeichneten Wege zu verabsäumen und dahin zu wirken, daß nicht Socialdemokraten, Ultramontane und Orthodoxe, sowie solche Conservative, denen trotz ihrer Versicherung, die von der Staatsregierung zu schwäbischen neuen Institutionen wirksam unterstützen wollen, nicht recht zu trauen ist, gewählt werden.

Ziegnitz, 18. Juni. [Ernennung.] Der königl. Regierungs-Assessor Herr v. Haugwitz von der hiesigen königl. Regierung, welcher bisher das Landrats-Amt in Löwenberg interimistisch verwaltete, ist durch Se. Majestät den König zum Landrat des Löwenberger Kreises ernannt worden.

K. Neumarkt, 16. Juni. [Kreistagswahlen. — Predigten.] Der Wahltermin für die Wahlmännerwahlen der Landgemeinden ist im hiesigen Kreise vom Herrn Landrat auf den 21. d. M. festgesetzt und sind die Gerichtsschulen zu Wahlvorschlägen ernannt worden. Es sind von den Landgemeinden des Kreises 166 Wahlmänner zu wählen, welche dann später 13 Kreistags-Abgeordnete zu wählen haben; 4 Abgeordnete entfallen auf die Städte, Nummatt 3 und Cauth 1, und 14 haben die Großgrundbesitzer zu wählen, zusammen 31 Kreistagsmitglieder. — Für zwei Predigten des Herrn Pastor Lic. Sandrock hier selbst, welche auf Veranlassung des Herrn Landrats v. Knebel-Döberitz zum Besten des Baues einer evang. Kirche in Deutsch-Lissa im Druck erschienen waren, sind bis jetzt 20% Thlr. eingekommen. Exemplare a 2% Sgr. sind noch im Landratsamt und in Kolbe's Buchdruckerei zu haben.

O Trebnitz, 16. Juni. [Markt. — Kreisordnung.] Der heute abgehaltene Kram- und Viehmarkt war von Kaufern und Verkäufern überaus zahlreich besucht und bot insbesondere der Viehmarktf einen sehr lebhaften Verkehr dar. Es wurden bedeutende Gewölbe abgeschlossen, da bei der stark vorhandenen Kauflust das wohl selten so reichhaltig aufgetriebene Vieh in seinen, aber ganz besonders in mageren Sorten zum schönen Umtaus kam. Händler kauften, zumal Fleisch, zu 30—35 Stad auf einmal an. Die Preise hielten sich deshalb bis zu Ende des Marktes sehr hoch und fest. Es wurden beispielhaft für magere Ochsen, ja man könnte sagen: Ochslein 100 Thlr. und darüber gezahlt. Schweine waren über die Gebühr hoch im Preise. Bei dem am 14. d. M. hier stattgehabten Remonte-Antau waren, zumeist von Rustikalen hiesigen Kreises, 200 zum größten Theil recht edle Pferde an Platz gebracht worden. Die Commission laufte aber nur sieben Stück an und zahlte sehr angemessene Preise dafür. — Nachdem die zur Wahl von Wahlmännern für den Kreistag in den Landgemeinden aufgestellten Wählerlisten überall im Kreise vom 1.—3. d. M. öffentlich ausgelegt haben, ohne daß bis jetzt Einwendungen dagegen zur Kenntnis des Königlichen Landrats-Amtes gelangt sind, wird nunmehr die Wahl der Wahlmänner den 30. Juni c. stattfinden.

K. Aus dem Eulengebirge, 12. Juni. [Empfehlung.] Das endlich eingetretene schöne Wetter verleiht jetzt den Beziehern auch unseres Gebirges hervorliche Naturregionen und ist es auffallend, daß im Vergleich zur Schönheit unserer Gegend und der Pracht der Frühsicht, sowie des Panorama's vom Gipfel des Berges aus immer nur wenige das im Ganzen doch nicht allzu fern vom Eulengebirge liegende Eulengebirge brüsten. Auch sind es nicht nur geistige Gewölbe, die untere Berge empfehlen, sondern es ist auch für die leiblichen in vortheilicher Weise gesorgt, indem das in reizender Lage sich befindende Gasthaus unseres in jeder Beziehung humanen und freundlichen Gastwirths Mälzer in Wüste-Waltersdorf auch diese in erwünschter Art verschafft. Schon der Weg von dem genannten Dorfe, das übrigens von Rynau, also dem Schlesierthal aus, leicht und schnell zu erreichen ist, nach der Gute ist wohl wert, daß mehr Besucher als bisher denselben und durch ihn auch unser Gebirge lernen lernen.

* Militsch, 17. Juni. [Meteo. fall.] Söbren, Abends 8 Uhr 55 Minuten, beobachteten wir bei völlig klarem Himmel ein prächtiges Meteor, ganz hellgrün glänzend, in der Richtung von Süd nach Nordwest verschwindend.

q. Neisse, 16. Juni. [Alt-katholisches. — Ernte.] In der gestrigen General-Versammlung des alt-katholischen Vereins machte der Vorsteher des Stadts-Mittheilung über die Bischofswahl. Nachdem Dr. Melzer die Versammlung mit der Person des Gewählten näher bekannt gemacht wurde, auf den Vorschlag des Dr. Fry beschlossen, denselben folgendes Telegramm zu zuzenden:

Herr Bischof Dr. Josef Hubert Reinkens, dem mutigen und unermüdlichen Kämpfer für Wahrheit und Recht, Dank- und Glückwünsch. Der alt-katholische Verein zu Neisse.“

Jetzt jeder neue Tag bringt uns neue Gewitter und neuen Regen. Die Feldfrüchte stehen trocken sehr schön und lassen eine gute Ernte erwarten. Hemmender war das häufige Hochwasser der Neiße für den Bau der Eisenbahnbrücke. Der erste Wasserspielder nahm nunmehr seiner Vollendung. Außer dem Bau der Neißebrücke scheint auf der ganzen Strecke Neiße-Hennersdorf keine Arbeit stattzufinden.

O Gleiwitz, 15. Juni. [Die General-Versammlung] des bayer-ländischen Frauenvereins für den Kreis Görlitz-Gleiwitz hat am 13. d. M. stattgefunden; in derselben stellte der Herr Oberst-Lieutenant v. Schmidt, nachdem die Frau Vorsitzende über die Audienz bei Ihrer Majestät der Kaiserin und Alterschwestern Theilnahme an den Verhandlungen des Vereins Mittheilung gemacht hatte, Bericht über die Leistungen derselben, wie über den Stand der Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1872 ab. Beiträge und Sammlungen betrugen 896 Thlr. 18 Sgr. 8 Pf. Einnahmen aus der Nähchule 79 Thlr. 12 Sgr. Schulgeld 70 Thlr. 11 Sgr. 6 Pf. Geschenke 60 Thlr. 10 Sgr. Zinsen 19 Thlr. 6 Sgr. 7 Pf. und Bestand aus dem Jahre 1871 712 Thlr. 24 Sgr. 2 Pf.; in Summa 1239 Thlr. 12 Sgr. 11 Pf. Ausgaben waren: Sendung an den Hauptverein 400 Thlr. Unterstiftung an Hilfsbedürftige 124 Thlr. 9 Sgr. 9 Pf. Arbeitsmaterial 13 Thlr. 5 Sgr. Kosten der Kinderbewährungsanstalt 27 Thlr. 21 Sgr. dito der Nähchule 238 Thlr. 26 Sgr. Boten und Post 22 Thlr. 20 Sgr. 9 Sgr. Beitrag zur Kaiserin Augusta-Stiftung 10 Thlr. in Summa: 1179 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. Außerdem besitzt der Verein ein Stamm-Capital (Kriegsfonds) 737 Thlr. 10 Sgr. Den Betrag für Anserigung von Militäreffecten, die ihm überwiesen wurden, kommt erst im nächsten Jahre zur Verrechnung. Für die durch die Sturmfluth Verunglückten hat der Vorstand eine außer-

ordentliche Sammlung veranstaltet, und den Beitrag abgeführt. Die Kinderbewährungsanstalt verfügt einige und 80 Kinder, und die Nähchule beschäftigt einige und 20 Mädchen. Der Verein gedenkt auch im nächsten Jahre die Strohflechterei hier einzuführen, und dadurch vielen Familien einen lohnenden Nahrungsweig zu zuführen. Vor Allem aber ist der Vorstand bedacht, sich ein Heim zu gründen. Die Zeichnungen zu dem neuen Hause wurden auch vorgelegt. Ihre Majestät die Kaiserin hat dazu 500 Thaler zugestellt, auch sind von mehreren andern schon namhafte Summen gezeichnet. Eine Ausstellung weiblicher Handarbeiten wird veranstaltet, und eine Lotterie, die bereits genehmigt ist, soll durch Loope die ausgestellten Gegenstände verteilen. Außerdem gedenkt derselbe 3 Volksfeste, Concerte und Theater-Vorstellung zu veranstalten. Mit diesen Einnahmen und den vorhandenen Fonds, die sich auf 1500 Thlr. belaufen werden, hofft derselbe das Werk vollenden zu können. Die Leistungen und Bestrebungen des Vereins sind in jeder Weise anerkennenswert, und der Stadtrath Herr Heschel hat daher auch im Namen des Magistrats zum Schluß dem Vereine für seine legendre, das Wohl der Stadt fördernde Tätigkeit den Dank in anerkennenden Worten ausgesprochen. Der Minister für geistliche Angelegenheiten hat der Kinderbewährungsanstalt eine Geldunterstützung gewährt.

Gleiwitz, 16. Juni. [Auszeichnung.] Se. Majestät der Kaiser und König haben dem Herrn Bürgermeister Leuchert hier selbst den rothen Adlerorden IV. Cl. verliehen.

□ Lublinitz, 15. Juni. [Eisenbahn. — Landrat. — Bürgermeister.] Auf die vor einiger Zeit wegen Herstellung einer Eisenbahn von Czernowitz bis Jaworow als Staatseisenbahn aus Abgeordnetenhaus abgerichtete Partition ist zwar bis heute eine direkte Antwort an uns nicht ergangen, sie ist jedoch durch die bei Gelegenheit der Creditanleihe von 120 Millionen gesetzte Resolution erledigt, indem gemäß derselben in der nächsten Kammerseßion eine Vorlage wegen eines vollständigen Staats-Eisenbahnenzes eingebracht werden soll. Wie nun Berliner Correspodenz melden, soll Seitens des Herrn Handelsministers an die Herren Oberpräsidenten die Aufforderung eingesungen sein, diejenigen Linien in jeder Provinz zu bezeichnen welche sich zur Aufnahme in das genannte Eisenbahnnetz eignen. Bei der anerkannten Nothwendigkeit, die Tour Warschau-Breslau und Warschau-Wien abzukürzen, bei der vorauszusehenden Rentabilität unserer Linie und nachdem der Weiterbau Gr. Linie Kempen-Wierszon-Warschau jede Aussicht auf Concessionsrechte Seitens Russland's verloren hat, hoffen wir mit Sicherheit, daß unser neuer Herr Oberpräsident die — nur 6½ Meile lange — Linie Czernowitz-Lublinitz-Jaworow zum Bau als Staatseisenbahn im Vorschlag bringen und dem seit langer Zeit verlebten öffentlichen Interessen wie speziell denen unseres, ganz dummer liegenden Kreises aufschließen werde. — Es bestätigt sich jetzt, daß unser bisheriger Landrat, der Prinz Carl zu Hoheholz-Inseln vom 1. Juli c. ab auf seinen Wunsch aus seinem Amtverhältnisse ausscheidet über die Person seines Nachfolgers herrscht und Ungewissheit. Das uns dieser um die Kreis-Interesse so hoch verdiente Herr, der ca. 20 unseres Kreises mit besonderer Energie und Umsicht verwalte, verläßt, wird in allen Schichten der Bevölkerung tief bedauert, weil er mit allen Verhältnissen des Kreises eng vertraut, jedes Situation derselben ersah und nach allen Seiten hervorragend bemüht war. Nun droht uns aber noch ein anderer Beamtenwechsel, man hört nämlich, daß Herr Kreis-Sekretär Joik von hier nach Beuthen gleichsam am 1. Juli c. ab versetzt und einer des dortigen Kreis-Sekretärs die hiesige Stellung einnehmen soll. Es steht uns noch der Eintritt nicht nur eines neuen Landrats, sondern auch eines neuen Kreis-Sekretärs bevor, was jenseitlich hemmend und störend auf die Verwaltung einwirken muß. Hierzu kommt aber, daß sich Herr Joik um unseren Kreis besonders verdient gemacht hat, daß er es verstanden, die mannigfachen Schwierigkeiten zu besiegen, daß er gewisse agitatorische Bestrebungen, wie sie jetzt leider in unserem Staate so häufig hervortreten, mit Erfolg die Spitze bot und sich bei allen Befergesuntern einer besonderen Beliebtheit und eines hohen Vertrauens erfreut, so daß die derselben gehaltenen Schritte, ihn dem hiesigen Kreise zu erhalten, nur willkommen geheißen werden können. Heute wurde hier die Entgegnung von Bewerbungen um den Bürgermeisterposten hier selbst geschlossen und steht die Wahl in der nächsten Zeit bevor. Letztere erfreut auch Bevölkerung, weil die seit dem Tod des sehr verdienten Bürgermeisters Berliner eingetretene Lücke in der Communal-Verwaltung täglich fühlbar wird. Obwohl die Zahl der Bewerber nicht unbedeutend ist, so wird dennoch die Wahl eine schwere Aufgabe, weil besonders die hiesige Commune einer ganz wichtigen Kraft zu deren Leitung bedarf.

4. Matzow, 16. Juni. [Der Verein für den Unterricht und die Erziehung Laubstimmer aus dem Regierungsbezirk Oppeln] hat seinen 11. Reichschaftsbericht veröffentlicht. Wie wir denselben entnehmen, haben bei Beginn des Jahres 1872 an dem II. Territorium in der Altstadt 92 Kinder theilgenommen, und zwar 84 Jägelinge und 8 Schüler. Am 27. August 1872 wurde das neue Schuljahr eröffnet, und nahmen an dem Unterrichte 89 Kinder Theil. Der Andrang zur Aufnahme war aber ein noch weit stärkerer; es sind zur Zeit 77 Kinder auf der Expectanten-Liste notiert. Doch konnte eine Erhöhung des Personalaufstandes der Jägelinge mit Rücksichtnahme auf den bevorstehenden Erweiterungsbau der Altstadt nicht einirennen, insofern nicht durch Mehreinnahmen an Verpflegungskosten-Zuschüssen die Mehrausgabe gedeckt wird. — Der Bauaufwand ist mit Schluss des Jahres auf 46,881 Thlr. gebracht worden, allerdings nur etwa die größere Hälfte des Bedarfs; der Verein ist daher auch weiterhin auf die Freigiebigkeit der Kreisverbände und Corporationen, sowie auf die Spenden von Privatpersonen dringend angewiesen. Durch Erlass des Fürstbischofs von Breslau ist übrigens den Geistlichen des Regierungsbezirkes Oppeln die Collekte für die Laubstimmer-Anstalt empfohlen und deren Bestätigung vor der Kanzel genehmigt worden. Hohenstiel ergiebt die Collekte einen reichen Eitrag, dringend wünschenswert aber ist es, daß sich auch die Kreise des Regierungs-Bezirkes Oppeln dem gemeinnützigen Vereine gegenüber freigebiger als bisher verhalten.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen. — Posen, 17. Juni. [Katholische Anordnungen.] Durch Anschreiben an die Präbode sind diese durch das erzbischöfliche Amt angewiesen worden, daß sämmtlich in ihren Parochien befindlichen östlichen Heiligenbildern, soweit dies richtig, neu lackirt und vergoldet werden. — Den Geistlichen ist mittheilt worden, daß sie an Stelle des bisher üblichen Grusses: „Landsturmarbeit Christus!“ zum Zeichen der vollen geistigen Gemeinschaft und Brüderlichkeit den Bruderkuss beim Begegnen wieder anwenden mögen. (Ostd. Ztg.)

R. Nawicz, 16. Juni. [Zum Ohrringediebstahl.] Gestern wurden eine Menge kleiner Mädchen im Alter bis 5 Jahren in der Nähe der Güntherischen Halle von einem Mädchen von vielleicht 15 bis 16 Jahren die goldenen Ohrringe abgenommen, wofür sie ihnen Blumen zu geben versprach. Man sieht hieraus, wie Kleinstädter von Großstädtern lernen, wenn das Lernobjekt nicht zu den Tugenden zählt. (Vant. u. Hdls. 3.)

Berlin, 17. Juni. [Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft.] Heute Vormittags fand hier selbst die ordentliche General-Versammlung der Aktiengesellschaft der Deutschen Eisenbahn-Gesellschaft statt, in welcher zunächst der Geschäftsbericht der Direction zur Verleihung gelangte. Die vorgelegte Bilanz wurde mit 721 gegen 55 Stimmen genehmigt, der Direction Decharge ertheilt und dem Antrag der Verwaltung gemäß beschlossen, von einer Verleihung des auf ca. 118,000 Thlr. sich belaufenden Nettogewinns Abstand zu nehmen, denselben vielmehr zu Abtheilungen zu verwenden. Bei den darauf vorgenommenen Wahlen wurden die bisherigen Mitglieder des Aufsichtsrates wieder und außerdem neu die Herren Geh. Commerzienrat Stephan und Director Kopetzki gewählt. Eine an die Direction aus den Kreisen der Aktiengesellschaft Interpellation bezüglich des angeblichsten Standes des bekannten Städtebau-Projektes wurde seitens des Vorsitzenden dahin beantwortet, daß die Ausführung dieses Projektes durch neuerdings mit der Regierung gepflogene Verhandlungen so gut wie gesichert erscheine. Die Befürchtung, die Gesellschaft werde die am 1. Juli auf die erworbenen Terrains fälligen Zahlungen nicht leisten können, sei durchaus unbegründet, vielmehr seien alle bis ultimo Juli erforderlichen Mittel jetzt bereits vollständig beschafft.

[Emission.] Der „Reichs-Anz.“ veröffentlicht die Concessions-Urkunde betreffend die Ausnahme einer Anleihe in Höhe von 120 Millionen Thalern zur Erweiterung, vervollständigung und besseren Ausrüstung des Staats-Eisenbahnenzes; vom 11. Juni 1873.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc. verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtags was folgt:

§ 1. Es ist eine Anleihe aufzunehmen, welche die Mittel gewährt: 1. für den Bau der Bahnen: a. von Berlin nach Weimar mit 50,750,000 Thlr., b. von der Reichsgrenze in der Richtung auf Nordhausen mit 671,000 Thlr., c. auf der Saarbrücker Eisenbahn von St. Johann nach Bredbach mit 278,000 Thlr., d. auf der Hannoverschen Eisenbahn von Northeim bis zur vorherigen Eisenbahn-Grenze in der Richtung auf Nordhausen mit 297,000 Thlr., e. auf der Bebra-Hanauer Eisenbahn: von Hünfeld nach Neukirchen und von Salzmünde nach Gelnhausen mit 402,000 Thlr., f. auf der Nassauischen Eisenbahn: von Bahnhof Wiesbaden der Taunus-Eisenbahn bis zur Station Eberbach bei Biebrich, von Lorch nach St. Goarshausen, von Lumenau nach Weilburg und von Ems nach Giessen mit 94,000 Thlr., zusammen 2,548,000 Thlr. III. Für die Anlage des dritten Gleisess: a. auf der Saarbrücker Eisenbahn von St. Johann zur Grube Dubmeyer, von Friedrichsthal zur Grube Altenwald und von der Grubenstation Dubmeyer nach Sulzbach mit 297,000 Thlr., b. auf der Nassauischen Eisenbahn: von Station Eberbach bis Bahnhof Castel mit 155,000 Thlr., zusammen 452,000 Thlr. IV. Für die Erweiterung a. des Bahnhofs Hannover mit 4,380,000 Thlr., b. der Bahnhöfe und Gleisanlagen der Berliner Verbindungsbahn mit 1,700,000 Thlr., zusammen 6,080,000 Thlr. V. Für die Vermehrung des Betriebsmaterials der Staatsbahnen mit 9,000,000 Thlr., im Ganzen 120,000,000 Thlr.

V. Die Ausführung der Neu- und Erweiterungsbauten, sowie die Beschaffung des Betriebsmaterials erfolgt durch den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

§ 3. Der zu den Anlagen und Verhüllungen erforderliche Geldbetrag von 120,000,000 Thlr. ist, soweit er nicht aus dem preußischen Anteil der französischen Kriegscontribution gedeckt werden kann, durch Veräußerung eines entsprechenden Beitrages von Schuldenverschreibungen aufzubringen; im Jahre 1874 sind jedoch nicht mehr als je 20,000,000 Thlr. flüssig zu machen.

Wann, durch welche Stelle und in welchen Beträgen bis zur Erfüllung der nach den vorstehenden Bestimmungen zulässigen Summen, zu welchem Zinsfuß, zu welchen Bedingungen der Kündigung und zu welchen Kosten die Schuldenverschreibungen verausgabt werden sollen, bestimmt der Finanz-Minister.

Im Übrigen kommen wegen Verwaltung und Tilgung der Anleihe, wegen Annahme derselben als pupillen- und depositalmäßige Sicherheit und wegen Verjährung der Binfen die Vorschriften des Gesetzes vom 19. Decbr. 1869 (Gesetz-Samm. S. 1197) zur Anwendung.

§ 4. Jede Verfügung der Staats-Regierung über die im § 1 bezeichneten Eisenbahnen beziehungsweise Eisenbahntheile durch Veräußerung be darf zu ihrer Rechts Gültigkeit der Zustimmung beider Häuser des Landtags.

§ 5. Die Verzinsung und Tilgung der durch den Vertrag mit der Hessischen Ludwig-Eisenbahn-Gesellschaft vom 26./27. Januar 1872 beziehungsweise durch das Gesetz vom 3. Mai 1872 (Gesetz-Samm. v. 1872, S. 421) vom Staate übernommen Prioritäts-Obligationenkult der Nassauischen Eisenbahn wird der Hauptverwaltung der Staats-Schulden übertragen, welcher auch die Ausrechnung der Zinscoupons obliegt.

Die beabs. der Amortisation eingelöste Prioritäts-Obligationen werden nach Vorchrift des § 17 des Gesetzes vom 24. Februar 1850 (Ges.-Samm. S. 57) vernichtet und die Geldeinträge derselben öffentlich bekannt gemacht.

§ 6. Die Ausführung dieses Gesetzes wird dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und dem Finanz-Minister übertragen.

Urkundlich unter Unserer höchsteigentümigen Unterschrift und beigelegt königliches Siegel.

Gegeben Berlin, den 11. Juni 1873.

(L. S.)

Wilhelm.
Graf v. Roon. Graf zu Eulenburg. Dr. Leonhardt.
Camphausen. Dr. Falk. v. Kameke. Dr. Achernbach.

Berlin, 17. Juni. Der Börse ist schon heute die ruhige Überlegung zurückgekehrt. Der Wiener Ausbildungsfond will und kann im glücklichsten Fall nur ein Süßpunkt gegen weitere Entwertungen reeller Objekte sein und es ist deshalb hörlich, von ihm eine Regeneration der schlanken Börse zu erwarten, und dort alles als sofort beglichen anzusehen. Unserer Meinung nach liegt sogar eine gewisse Gefahr in den paraten Mitteln, wenn mit diesen nicht

November 55% — 4 Thlr. bez. — Rüböl unter kleinen Schwankungen etwas billiger verläuft. Gefündigt 2000 Ctnr. Kündigungsspreis 21% Thlr. über 21% Thlr. bez. — Spiritus anfangs flau, alsdann starker, loco ohne Jährl. 11—10 Sgr. bez., vor Juni 19 Thlr. 7—8 Sgr. bez., Juni-Juli 19 Thlr. 7—8 Sgr. bez., Juli-August 19 Thlr. 14—11—13 Sgr. bez., August-September 19 Thlr. 22—20 Sgr. bez., September-October 19 Thlr. 4 Sgr. bez., October-November — Thlr. — Sgr. bez., Gefündigt 20,000 Piter. Kündigungsspreis 19 Thlr. 8 Sgr. bez. — Wetter: warm.

B. Stettin 17. Juni. [Stettiner Börsenbericht.] Wetter: schön, gestern Abend Gewitterregen. Temperatur + 19° R. Barometer 28° 2^{mm}. Wind: SW. — Weizen fest, pr. 2000 Pfd. loco gelb. ger. 65—75 Thlr. bez. besser 76—86 Thlr. bez. seiner 87—90 Thlr. bez. feinster bis 95 Thlr. bez., pr. Juni 93% Thlr. bez., pr. Juni-Juli 90—90% Thlr. bez., pr. Juli-August 88—88%, 1/2 Thlr. bez., pr. August-September 86%, 87%, 87 Thlr. bez., pr. September 100 Thlr. 82%, 82 Thlr. bez., pr. October-November 81 Thlr. bez. — Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco 54—59 Thlr. bez., feinster 61 Thlr. bez., pr. Juni 56%, 1/2 Thlr. bez., pr. Juni-Juli 56%, 56 Thlr. bez., pr. Juli-August 56, 55%, 1/2 Thlr. bez., pr. August-September 55% Thlr. bez., pr. September-October 55%, 55 Thlr. bez., pr. October-November 54%, 1/2 Thlr. bez. — Gerste unverändert, pr. 2000 Pfd. loco nach Dual. 56—64 Thlr. bez. — Hafer fest, pr. 2000 Pfd. loco nach Dual. 48—53 Thlr. bez., pr. Juni 54 Thlr. bez., pr. September-October 47 Thlr. nom. — Erbsen unverändert, pr. 2000 Pfd. loco nach Dual. 47—51 Thlr. bez., pr. Juli-August 50 Thlr. nom. — Winterrüben pr. 2000 Pfd. pr. September-October 94%, 1/2 Thlr. bez. — Rüböl unverändert, pr. 2000 Pfd. loco 22 Thlr. Br. pr. Juni-Juli 21% Thlr. bez., pr. September-October 21%, 1/2 Thlr. bez. — Spiritus still, pr. 100 Liter à 100 Pct. loco ohne Jährl. 18% Thlr. bez., pr. Juni u. Juni-Juli 18% Thlr. bez., pr. Juli-August 18%, 1/2, 1/4 Thlr. bez., pr. August-September 19%, 1/2 Thlr. bez., pr. September-October 18% Thlr. Gld. pr. October-November 18% Thlr. bez. — Petroleum loco 5% Thlr. bez., pr. September-October 5%, 1/2 Thlr. Br. pr. October-November 5% Thlr. bez. u. Br., pr. November-December 5% Thlr. bez.

Angemeldet: 1000 Ctr. Roggen.

Kaufpreise: Weizen 93%, Roggen 56%, Rüböl 21%, Spiritus 18% Thlr.

Posen, 17. Juni. [Producten-Bericht] von Lewin Berwin Söhne: (pr. 1000 Kilogr.) Roggen: (pr. 1000 Kilogr.) behauptet. Kündigungsspreis 60% Gel. — Weizl. Juni 61 Br. Juni-Juli 59 bez. u. G. Juli-August 57 bez. u. Br., August-September 55% G. Herbst 55 bez. u. Br., October-November 55 G. — Spiritus (pr. 10,000 Liter %) fest. Kündigungsspreis 18%. Gel. — Liter. Juni 18% bez. u. G. Juli 18%—18% bez. u. G. August 19% bez. u. G. September 19%—1% bez. u. Br., October 18% bez. u. Br., November 17% G.

Posener Markt-Bericht. Weizen: begeht, pr. 1050 Kilogramm seiner 95—100 Thlr. mittel 85—90 Thlr. ordinär und defect 75—80 Thlr. — Roggen: gefragt, pr. 1000 Kilogr. feiner 58—60 Thlr. mittel 55—56 Thlr. ordinär 52—53 Thlr. — Gerste: höher bezahlt, pr. 925 Kilogr. seine 51—54 Thlr. mittel und ordinär 46—49 Thlr. — Hafer: begeht, pr. 625 Kilogramm seiner 30—33 Thlr. mittel u. defect 29—30 Thlr. — Erbsen: unverändert, pr. 1125 Kilogramm. Koch-Erbsen 50—54 Thlr. Futter-Erbsen 46—48 Thlr. — Lupinen: preishaltend, pr. 1125 Kilogr. gelbe 33—37% Thlr. blau 28—31 Thlr. — Weizen: matt, pr. 1125 Kilogr. 38—40 Thlr. — Delfaaten: pr. 50 Kilogr. Raps — Thlr. Raps — Thlr. — Leinsamen: ohne Umlauf, pr. 50 Kilogr. 75—85 Thlr. — Klees matt, weiß 10—20, rot 12—18 Thlr. — Buchweizen: geschäftlos, pr. 75 Kilogramm 46—50 Thlr. — Feinste Waaren über Notiz. — Wetter: Heiß.

Breslau, 18. Juni, 9% Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Marte war vorhersehend milder, bei mäßigen Zufuhren und wenig veränderten Preisen.

Weizen, nur seine Qualitäten verlässlich, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 8% bis 9% Thlr. gelber 8%—9% Thlr. feinste Sorte 9% Thlr. bezahlt.

Roggen im mitter Haltung, pr. 100 Kilogr. 6% bis 6% Thlr. feinste Sorte 6% Thlr. bezahlt.

Gerste ruhiger, pr. 100 Kilogr. 6% bis 6% Thlr. weiße 6% bis 6% Thlr.

Hafer mitter, pr. 100 Kilogr. 5% bis 5% Thlr. feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen ohne Umsatz, pr. 100 Kilogr. 5%—5% Thlr.

Widen ruhig, pr. 100 Kilogr. 4—4% Thlr.

Lupinen schwach offeriert, pr. 100 Kilogr. gelbe 3% 3% Thlr. blau 3% bis 3% Thlr.

Bohnen preishaltend, pr. 100 Kilogr. 5%—6 Thlr.

Mais ohne Kauflust, pr. 100 Kilogr. 5%—5% Thlr.

Delfaaten ohne Umsatz.

Schlaglein mitter.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr. Sgr. Pf.

Schlag-Leinsaat... 8 20 — 9 — 9 15 —

Winter-Mais... 8 15 — 9 5 — 9 20 —

Winter-Rüben... 7 20 — 8 — 8 25 —

Sommer-Rüben... 7 15 — 8 — 8 20 —

Leinbottler.... 7 — 7 10 — 8 —

Rapskuchen unverändert, schlesische 71—72 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinküchen mehr beachtet, schlesische 90—92 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat ohne Zufuhr, — rote 12—16% Thlr. pr. 50 Kilogr. weiße 12—18 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee ohne Aenderung, 8%—10% Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr. pr. 5 Liter 3%—4 Sgr.

Trautau, 16. Juni. [Garnbörse.] Der heutige Garnmarkt war zahlreich besucht und das Geschäft erhielt sich zu unverändernden Preisen in seiner bisherigen Lebendigkeit.

Zow: Nr. 10 à 74%, Nr. 12 à 65, Nr. 14 à 60, Nr. 16 à 57,

Nr. 18 à 52%, Nr. 20 à 49%, Nr. 22 à 47%, Nr. 25 à 45%,

Nr. 28 à 43%, Nr. 30 à 42 Gulden pro Schod.

Line: Nr. 30 à 44%, Nr. 35 à 40, Nr. 40 à 37, Nr. 45 à 36,

Nr. 50 à 35, Nr. 55/70 à 34% Gulden pro Schod durchschnittlich, Biel 4 Monat, pr. Cassa 2 p. C. Sconto.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegraph-Bureau.)

Versailles, 17. Juni. Favre verzichtete „Havas“ zufolge, auf die Interpellation wegen des Nundschreibens Broglie's. Nanc sandte der parlamentarischen Commission ein Schreiben, worin er der Versammlung das Recht bestreitet, über die Frage seiner gerichtlichen Verfolgung zu entscheiden, da er durch das allgemeine Stimmrecht zum Deputierten gewählt worden sei. Baragnon legt morgen den Commissionsbericht, welcher die Genehmigung der Verfolgung Nanc's beantragt, vor. Es verlautet, Thiers wird die morgige Sitzung besuchen.

Genua, 17. Juni. Die Kaiserin von Russland ist gestern hier eingetroffen und wird heute auf der Mont-Cenis Bahn ihre Reise fortfahren.

Rom, 16. Juni. Der Senat hat die 7 ersten Artikel des Gesetzes über die religiösen Körperchaften angenommen; auf Beiträgen erklärt der Justizminister de Falco, das Gesetz werde von der Regierung ohne jede Härte, mit Mäßigung zur Ausführung gebracht werden. In der Deputirtenkammer kam der Zeitpunkt der Berathung der vom Finanzminister Sella eingebrachten Finanzgesetze zur Sprache. Alle Redner sprachen sich für eine Vertagung der Berathung bis zum November aus, da dieselbe jetzt inopportunit, ja fast unmöglich sei. Der Ministerpräsident erklärte, sich deshalb mit den übrigen Ministern berathen zu wollen und wurde die weitere Verhandlung hierüber auf morgen vertagt. — Der Papst hat den französischen Botschafter de Torcelles, welcher sein neues Beglaubigungsschreiben überreichte, in Audienz empfangen.

Rom, 17. Juni. In der Kammer sitzung vertheidigte Sella das Verlangen, die Finanzprojekte vor den Kammerseiten zu berathen, erklärte sich indessen zufriedengestellt, wenn mindestens zwei derselben berathen würden. Andernfalls würde das Ministerium annehmen, daß es nicht mehr das Vertrauen der Kammer besitze. Die Kammer

beschloß, morgen das Gesamt-budget zu discutiren. Der Papst eröffnete heute das Cardinal-Collegium. Der Budgetausschuss vertrat die Entscheidung, von der Bank dreißig Millionen mehr entnehmen zu dürfen, bis zum November. Der Senat genehmigte ohne Debatte mit 68 gegen 20 Stimmen das Klostergebet.

Triest, 17. Juni. Der Lloyd-dampfer „Vesta“ ist heute früh um 5% Uhr mit der östindisch-chinesischen Überlandpost aus Alexandrien hier eingetroffen.

Berliner Börse vom 17. Juni 1873.

Wochsen-Course.

	Amsterdam 250FL	K. S. 1/2	139 bz	1871	1872	Zf.
do, do	2 M. 1/2	137% bz.		5/5	6	40 bzB.
Tamburg 300 Mk.	2 M. 4	—		18% bZ.	4	110% bz
do, do	2 M. 4	—		7/2	17	183 bz
London 1 Lst.	3 M. 6	6.19% bz.		3/2	4	106% bz B.
Paris 300 Frs.	2 M. 5	—		10%	12	221%.
Wien 150 FL	3 T. 5	88% bz.		14	8	133 bz
do, do	2 M. 5	87% bz B %		11%	12	180 bzD.
Aachen-Mastricht	2 M. 5	—		12%	4	99% bz
Berg.-Märkische	2 M. 5	—		12%	4	114% bz G.
Berlin-Anhalt	2 M. 5	—		12%	4	104 bz
Berlin-Görlitz	2 M. 5	—		12%	4	148/466.
Berlin-Hamburg	2 M. 5	—		12%	4	57 bz C.
Berl.-Potsd.-Märk.	2 M. 5	—		12%	4	98 G.
Berlin-Stettin	2 M. 5	—		12%	4	53 B.
Böhmen-Westbahn	2 M. 5	—		12%	4	70% bz.
Breslau-Freib.	2 M. 5	—		12%	4	71% bz B.
Cöln-Minden	2 M. 5	—		12%	4	187% bz G.
do, do, neu	2 M. 5	—		12%	4	50% bz
Dux-Bodenbach	2 M. 5	—		12%	4	109% bz.
Gal.-Ludw.-Altenb.	2 M. 5	—		12%	4	130% bz.
Halle-Sorau-Gub.	2 M. 5	—		12%	4	87% bz.
Hannover-Altenb.	2 M. 5	—		12%	4	121% bz.
Kronpr.-Rudolfs.	2 M. 5	—		12%	4	60% bz.
Ludwigsburg-Bexx.	2 M. 5	—		12%	4	147% bz G.
Märk.-Posener.	2 M. 5	—		12%	4	50% bz.
Magdeb.-Halberst.	2 M. 5	—		12%	4	124% bz.
Magdeb.-Leipz.	2 M. 5	—		12%	4	254% bz.
do, Lit. 4	2 M. 5	—		12%	4	96 bz G.
Mainz-Ludwighsh.	2 M. 5	—		12%	4	165% bz.
Niedr.-Märk.	2 M. 5	—		12%	4	95% bz.
Oberschlesia, u. c.	2 M. 5	—		12%	4	180% bz.
Becliner-Stadt-Oblig.	2 M. 5	—		12%	4	155% bz.
Görl.-Mind. Prämien	2 M. 5	—		12%	4	171% bz.
Berliner	2 M. 5	—		12%	4	198/47% bz.
Central-Boden-Or.	2 M. 5	—		12%	4	225% bz.
do, Unknd.	2 M. 5	—		12%	4	113% bz.
Pommersche	2 M. 5	—		12%	4	124% bz.
Sachsen	2 M. 5	—		12%	4	100% bz.
Eur. u. Neumärk.	2 M. 5	—		12%	4	110% bz.
Posenische	2 M. 5	—		12%	4	94% bz.
Schlesische	2 M. 5	—		12%	4	94% bz.
Eur. u. Neumärk.	2 M. 5	—		12%	4	94% bz.
Pommersche	2 M. 5	—		12%	4	94% bz.
Posensche	2 M. 5	—		12%	4	94% bz.
Westfäl. u						